

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
18/824**

A01

An den
Präsidenten des
Landtags Nordrhein-Westfalen

per E-Mail: anhoerung@landtag.nrw.de

Abteilung	III – Wirtschaftspolitik und Gewerbeförderung
Ansprechpartner	Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke
Telefon	0211 8795-360
Telefax	0211 8795-363
E-Mail	hans-joerg.hennecke@hwk- duesseldorf.de
Zimmer	A414
Datum	20. September 2023

Stellungnahme zum Antrag „Landesweite Werbekampagne für Ausbildungsberufe stärken – Zielgruppenorientierung verbessern!“ (Drs. 18/4135)

Sehr geehrter Herr Kuper,

ich danke sehr herzlich dafür, im Rahmen einer schriftlichen und mündlichen Anhörung zu dem o.g. Antrag Stellung zu nehmen.

Die Handwerkskammer vertritt im Regierungsbezirk Düsseldorf die Interessen von über 60.000 Handwerksbetrieben. In diesen Betrieben bestehen derzeit knapp 20.000 Ausbildungsverhältnisse. Im Jahr 2022 wurden 5.585 Gesellenprüfungen und 983 Meisterprüfungen abgelegt. Weiteres Datenmaterial zum Bildungs- und Prüfungswesen finden Sie hier: <https://www.hwk-duesseldorf.de/artikel/zahlen-daten-fakten-31,1546,1055.html>.

Landesweite Zahlen, die die Handwerkskammer Düsseldorf als federführende Kammer aufbereitet, finden sich im Internetangebot des Westdeutschen Handwerkstags: <https://www.whkt.de/statistik>.

I. Grundsätzliches

Langfristig ist die berufliche Bildung deutlich rückläufig. 1967 lernten in Nordrhein-Westfalen 167.000 junge Menschen ein Handwerk. 1985 wurde mit 182.000 Ausbildungsverhältnissen ein Spitzenwert erreicht. Seither ging die Zahl kontinuierlich auf 77.324 zurück. Bei der Zahl der Gesellenprüfungen wurde 1986 ein Spitzenwert von 51.000 Prüfungen erreicht. 2022 waren es noch 22.948. Bei den Meisterprüfungen wurde der höchste Stand 1991 mit 9.411 Prüfungen erreicht, um bis 2022 auf 3.760 Prüfungen zu sinken. Für drei Meister, die heute in den Ruhestand treten, rückt nur einer auf dem Arbeitsmarkt nach.

Hinter diesem langfristigen Bedeutungsrückgang der beruflichen Bildung stehen verschiedene Ursachen:

- der demographische Wandel durch veränderte Fertilität und Migration
- Kompetenzdefizite bei Schulabgängern, die zu höheren Quoten bei Ausbildungsvertragslösungen und zu höheren Misserfolgsquoten im Handwerk führen
- Veränderung von Bildungsbiographien hin zu Abitur und Studium
- Veränderung von Erwerbsbiographien, so dass Karriereverläufe auch verstärkt aus dem Handwerk herausführen
- Veränderung von Berufsbildern, Branchenstrukturen, Produktionsstrukturen und Geschäftsmodellen, durch die sich Handwerksbetriebe zu hybriden Unternehmen oder Industrieunternehmen mit veränderter Qualifikationskultur transformieren
- Langfristige Marktveränderungen, z.B. in der Bauwirtschaft oder im Lebensmittelgewerbe
- Fehlende Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung bei den politischen Rahmenbedingungen
- Defizite in Berufsorientierung und Berufsvorbereitung an allen Schulformen
- Imageprobleme und mangelnde Attraktivität einiger Handwerksberufe
- Unwissen der Schülerinnen und Schüler, ihrer Eltern, aber auch des Lehrpersonals an den Schulen über tatsächliche Arbeitsbedingungen, Verdienst- und Karriereperspektiven

II. Zum Antrag im Einzelnen

Der Antrag der FDP-Fraktion schildert die Ausgangslage zutreffend. Wie andere Wirtschaftsbereiche auch, hat das Handwerk mit einem zunehmenden Fachkräftemangel zu kämpfen. Neben dem demographischen Wandel ist hierfür vor allem das veränderte Schulwahlverhalten der Schülerinnen und Schüler in NRW verantwortlich. Der Trend zu höheren Schulabschlüssen, vor allem dem Abitur, ist ungebrochen. Befeuert wurde diese Entwicklung über Jahrzehnte durch die Politik, so dass sich gerade auch bei Eltern die Wahrnehmung verfestigte, dass Abitur und Studium Voraussetzung für ein erfolgreiches Berufsleben seien.

An Real- und Gesamtschulen ist es heute „normal“, dass ein Großteil der Schülerschaft nach der Sekundarstufe I weiter zur Schule geht. Viele dieser Schülerinnen und Schüler zieht es an die in den 1990er in NRW ausgebauten Berufskollegs, um den nächsthöheren Schulabschluss zu erwerben. Wenn auch in der öffentlichen Wahrnehmung oft unterschätzt, haben sich die Berufskollegs einen festen Platz im SEK II Bereich erobert. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass ein Großteil ihrer Schülerschaft in früheren Jahrzehnten wahrscheinlich eine Ausbildung begonnen hätte. Dagegen fehlen in Nordrhein-Westfalen weithin – anders als beispielsweise in Baden-Württemberg – beruflich orientierte Gymnasien und Gesamtschulen, bei denen Aspekte der Arbeitswelt systematisch in das allgemeinbildende Schulsystem integriert werden. Insgesamt mangelt es an einer ergebnisoffenen Berufsorientierung, besonders

ausgeprägt ist das Defizit nach unserer Erfahrung an Gymnasien und Gesamtschulen und damit an der Mehrzahl der weiterführenden Schulen.

Im Rahmen des Bologna-Prozesses hat es darüber hinaus seit der Jahrtausendwende eine stark angebotsgetriebene und nicht arbeitsmarktorientierte Expansion der akademischen Ausbildung gegeben. In Deutschland hat das zu einem enormen Aufwuchs der früheren Fachhochschulen geführt, gerade auch in privater Trägerschaft. Die Entwicklungsdynamik der (Fach-)Hochschulen war dabei überwiegend am Maßstab der Universitäten orientiert, z.T. erfolgte sogar eine Umwandlung in Universitäten. Anders als in der Schweiz ist es bisher aber nicht gelungen, die Hochschulen zu Orten zu machen, die in besonderer Weise Wissenschaft und Praxis verknüpfen, indem sie für Menschen mit Berufsausbildung ein tertiäres Fortbildungsangebot bereitstellen. Eine echte Integration beruflicher und akademischer Bildung gelingt hier nicht. Es gibt bislang einzelne Kooperationen für duale und triale Bildungsangebote (Ausbildung mit Bachelor of Science/Bachelor of Engineering/Bachelor of Arts oder mit zusätzlicher Meisterqualifikation/Bachelor Professional). In der Praxis erweisen sich solche an sich sehr sinnvollen Kooperationsangebote als sehr komplex und anspruchsvoll aufgrund der Friktionen zwischen Berufsbildungsrecht und Hochschulrecht.

Auch im Bereich der staatlichen Hochschulen erfolgte ein massiver, öffentlich finanzierter Ausbau der Hochschulinfrastruktur. Das Stichwort „Hochschulpakt“ steht hierbei für eine milliardenschwere staatliche Investitionsoffensive. Die Finanzierungsanreize für die Hochschulen wirken auf die Maximierung der Studienanfängerzahlen, aber nicht auf eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration von Absolventen.

Eine vergleichbare Investitionsoffensive für Einrichtungen der beruflichen Bildung gab es nicht, obwohl mit der Steigerung der Attraktivität und Qualität der beruflichen Bildung dem seit langem absehbaren Fachkräftemangel besser entgegengewirkt worden wäre. So haben auch politische Fehlanreize dazu beigetragen, dass es in den vergangenen Jahren zumeist mehr Studienanfängerinnen und -anfänger als junge Menschen gab, die in eine Berufsausbildung starteten. Zwar geht derzeit auch die Zahl der Studienanfänger leicht zurück, eine Trendumkehr ist bisher aber nicht absehbar.

Was für den akademischen Bereich eine Erfolgsstory zu sein scheint, ist für die ausbildende Wirtschaft ein großes Problem. Immer weniger junge Menschen interessieren sich für eine duale Ausbildung, so dass eine immer größere Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen nicht besetzt werden kann. Die logische Konsequenz ist ein absehbarer Fachkräftemangel mit vorhersehbaren volkswirtschaftlichen Folgen.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir es, dass die FDP-Fraktion es als eine große Herausforderung identifiziert hat, wieder mehr junge Menschen für eine Berufsausbildung zu gewinnen. Dies wäre nicht nur für das Handwerk, sondern für alle Wirtschaftsbereiche wichtig, um so die dringend notwendigen Fachkräfte von morgen zu finden. Ebenso wichtig wäre es aber

auch für viele junge Menschen, denen Alternativen zum akademischen Weg aufgezeigt werden könnten, die Basis nicht nur für eine gesicherte Existenz, sondern auch für eine erfolgreiche und erfüllende Berufskarriere sein könnten.

Konkret schlägt die FDP-Fraktion vor, die Fachkräfteoffensive NRW durch eine gezielte landesweite Kampagne mit einem Schwerpunkt in den Sozialen Medien zu flankieren. Grundsätzlich sind Aktivitäten zur besseren Bewerbung der beruflichen Bildung zu befürworten. Allerdings können wir die Kritik an den bisher vor allem regionalen Aktivitäten so pauschal nicht teilen. Einige dieser Aktionen haben in der Vergangenheit trotz schmalen Budgets spürbare Erfolge erzielt. Wer aber weitergehen will und eine „große“ Kampagne mit bekannten Influencerinnen oder Influencern fordert, muss sich bewusst sein, dass dies nur mit einem entsprechend großen Haushaltsansatz erreicht werden könnte und zudem geklärt sein müsste, inwieweit dies gut etablierte Aktivitäten sinnvoll ergänzt.

Dabei sind folgende Punkte zu beachten:

- Es gibt bereits bestehende (bundesweite) Kampagnen, beispielsweise die Imagekampagne des Deutschen Handwerks. Hier gälte es möglich Dopplungen zu vermeiden.
- Eine landesweite Kampagne wird es nicht leisten können, auf die Diversität der über dreihundert Ausbildungsberufe aufmerksam zu machen. Lediglich übergreifende Themen wie Berufsabitur, höhere Berufsbildung, Unternehmertum, Tools zur Berufswahl etc. könnten hierüber transportiert werden.
- Entgegen der Ausführungen des Antrages nutzen Jugendliche intensiv Online-Suchdienste zur Information: 67% Google, 45% Social Media (Quelle: Frage 11 der Schülerstudien 2023 von Ausbildung.de GmbH). Plattformen, die Jugendliche zur Berufswahl/Ausbildungssuche nutzen, sind:
 - aktive Suche: Google Ads
 - passive Suche: Instagram (57%), Youtube (42%) (Quelle: Frage 19 der Schülerstudien 2023 von Ausbildung.de GmbH)
 - wenig genutzt werden Facebook (20%), TikTok (16%), Twitter (3%), Snapchat (3%)
- „Influencer“, die ihren Berufsalltag zeigen, sind am beliebtesten (78%) (Vergleich: Unternehmensaccount 57% und Accounts mit allg. Infos (50%) (Quelle: Frage 22 der Schülerstudien 2023 von Ausbildung.de GmbH)
- Im Hinblick auf die Zielgruppe empfiehlt sich eine Orientierung an den Sinus-Jugendmilieus sowie eine umfangreiche Customer Journey, um sog. Pains und Gains herauszufinden und zu adressieren.

Unsere Erfahrung zeigt, dass werbende Kampagnen am erfolgreichsten sind, wenn sie aus den jeweiligen Wirtschaftsbereichen heraus authentisch, griffig und zielgruppenadäquat entwickelt werden. Im Handwerk geschieht dies seit 2010 mit großem Erfolg. Eine eher allge-

meine und wenig konkret auftretende Kampagne wird sich da ungleich schwerer tun. Dessen muss man sich bei einer Entscheidung bewusst sein.

Im größeren Zusammenhang der Fachkräfteoffensive sowie mit Blick auf eine Attraktivitätssteigerung der dualen Ausbildung sollten von Seiten des Landes NRW folgende Punkte Beachtung finden:

1.) Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler

NRW hinkt nach den Ergebnissen von Vergleichstests bei den Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler weit hinterher. Zu viele junge Menschen verlassen die Schule immer noch ohne Schulabschluss. Nötig wäre deshalb eine Qualitätsoffensive in den Kernkompetenzen Schreiben, Rechnen, Lesen, damit möglichst alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger den Weg in Ausbildung und Arbeitswelt schaffen können. Grundlegend dafür sind die Ausbildung und Einstellung von Fachlehrern, um Unterrichtsausfall und fachfremd erteilten Unterricht möglichst zu reduzieren. Das Handwerk, wie auch die gesamte Wirtschaft sind auf gut ausgebildete, ausbildungsreife und motivierte junge Menschen angewiesen, um die vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich meistern zu können. Grundsätzlich sollte NRW mehr auf vorsorgende Bildungspolitik und weniger auf nachsorgende Arbeitsmarktpolitik setzen. Es kann nicht zufriedenstellend sein, dass Nordrhein-Westfalen nach den Ergebnissen des Bildungsmonitors des Instituts der deutschen Wirtschaft seit langem durch besonders niedrige Ausgabenprioritäten für schulische und berufliche Bildung und eine schlechte Betreuungsrelationen auffällt – insbesondere in Grundschulen und Berufskollegs.

2.) Berufsorientierung und Berufsvorbereitung

Das KAoA-System bietet einen guten Rahmen für die Berufsorientierung. Allerdings wird dieses System nicht an allen Schulen gleichermaßen überzeugt und mit Engagement umgesetzt. Zwischen den Schulformen gibt es hier immer noch deutliche Unterschiede. Insbesondere Gymnasien, aber auch andere Schulformen mit Angeboten in der Sekundarstufe II – z. B. Gesamtschulen - behandeln berufliche und akademische Angebote nicht immer gleichberechtigt. Eine einseitige Orientierung, ja Fixierung in Richtung Studium ist leider keine Seltenheit. Notwendig ist dagegen eine ergebnisoffene und praxisnahe Berufsorientierung, bei der die Potentiale und die individuell beste Lösung für die Schülerinnen und Schüler im Vordergrund stehen sollten.

Das System KAoA sollte daher weiter gestärkt und zielgerichtet weiterentwickelt werden. Berufsorientierung mit Praxiskontakten ist an allen Schulformen auszubauen und ergebnisoffen anzubieten. Besonders Praxiskontakte sollten gefördert und eine Struktur zur breiten Informationssuche an die Hand gegeben werden, um selbständig Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für interessante Berufsfelder zu finden.

Die Beratung durch Lehrkräfte für Studien- und Berufsorientierung läuft ins Leere, wenn diese selbst keinen Bezug zu konkreten Berufsfeldern haben. Im Rahmen von multiprofessio-

nellen Schulteams sollte daher auch Fachpersonal mit außerschulischen Erfahrungen an Schulen verfügbar sein, das systematisch Praxiskontakte herstellen und Netzwerkarbeit zu Unternehmen im Schulumfeld betreiben kann. Hierfür sind verlässliche Strukturen zielführender als schnelllebige Projektangebote. Die Botschaft muss lauten, dass berufliche und akademische Bildung gleichberechtigt sind. Das Schulfach Wirtschaft/Politik mit der dazu passenden Lehramtsausbildung bietet Chancen, diese Themen besser in den Schulen zu verankern.

Für eine erfolgreiche Berufsorientierung und -vorbereitung ist es wichtig, nicht nur Inhalte eines Berufsbildes zu vermitteln, sondern auch praktische Gesichtspunkte des Berufsalltags aufzuzeigen und das aktive Erproben von Arbeitswelterfahrungen zu erleichtern. Für das mittelständisch geprägte Handwerk ist beispielsweise von großer Bedeutung, dass auch Chancen von Unternehmertum und Selbstständigkeit in diesem Rahmen aufgezeigt werden und Elemente von „entrepreneurship education“ im Schulprogramm gestärkt werden.

3.) Intrinsische Suchbewegungen unterstützen

Jugendliche orientieren sich über Berufswelten heutzutage in erster Linie über soziale Medien und gängige Suchmaschinen. Maßnahmen der Berufsorientierung sollten hier ansetzen und das intrinsische Verhalten unterstützen. So sollten Suchstrategien vermittelt werden, die letztlich den Weg zu Berufsinformationsplattformen aufzeigen. Kampagnen müssen berücksichtigen, dass Personen sich in unterschiedlichen Schritten der Orientierung befinden, und diesen Personen unterschiedliche Zugänge eröffnen. Dabei sind zielgruppenadäquate Formate und Plattformen wichtig. Schulische Orientierungsangebote sollten daher auch mit digitalen Informationskampagnen verzahnt werden.

4.) Elternarbeit

Entscheidend für eine gelingende Berufsorientierung sind neben der Schule die Eltern. Sie sind die mit Abstand wichtigsten Ratgeber ihrer Kinder. Allerdings kennen die wenigstens Eltern die vielfältigen Chancen und Angebote des Ausbildungs- oder Studienmarktes. Viele glauben sich auf der sicheren Seite, wenn sie ihren Kindern einen möglichst hohen Schulabschluss und ein anschließendes Studium empfehlen. So ist es in vielen Fällen kein akademischer Dünkel andere Alternativen nicht im Blick zu haben, sondern Unkenntnis über die ausgezeichneten Karrierechancen bis hin zum Unternehmertum, die die berufliche Bildung eröffnet. Ebenso unbekannt ist die Durchlässigkeit, die das deutsche Bildungssystem heute auszeichnet. Auch Eltern brauchen also Orientierung. Es ist deshalb zwingend, die Elternarbeit im Rahmen des KAoA-Prozesses deutlich zu intensivieren. Es muss gelingen, sie mit ins Boot zu holen, um aus der schulischen Berufsorientierung einen Erfolg zu machen.

5.) Flankierende Maßnahmen

Generell gilt auch für Bildungsmaßnahmen, dass stabile Strukturen auf lange Sicht bessere Ergebnisse erzielen als kurzatmige, sich häufig ändernde und administrativ aufwendige Projektstrukturen. Kehrseite der ESF-finanzierten Projekte sind oftmals kurz- bis mittelfristige Berufsbildungsmaßnahmen durch Träger. Die öffentlich finanzierten Projekte zwingen die Träger in der Ausschreibungspraxis dazu, möglichst günstige Angebote abzugeben. Das Lohnniveau der befristet angestellten Pädagoginnen und Pädagogen ist hierdurch gering. Dies führt zu einer hohen Fluktuation und damit einhergehend zu häufigem Wechsel in der Betreuung der Jugendlichen. Angesichts dieser Nachteile wäre es sinnvoller und nachhaltiger, sozialpädagogisches Personal mit dem Schwerpunkt Berufsbildung direkt an den Schulen einzustellen. Möglich wäre dann eine Förderung der Berufswahl und der Ausbildungsplatzsuche ab Klasse 7 im Klassenverbund, in Kleingruppen und in der Einzelberatung. So könnten alle Schülerinnen und Schüler begleitet werden und nicht nur diejenigen mit Vermittlungshemmnissen. Denkbar wäre es darüber hinaus das pädagogische Personal in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftskammern als Multiplikatoren der dualen Ausbildung zu schulen. Bewährt hat sich in der Vergangenheit auch das Projekt Ausbildungsbotschafter als sinnvolles Instrument der Berufsorientierung. Es wäre daher zielführend, dieses Angebot im Schulerschluss mit den Wirtschaftskammern weiter auszubauen.

6.) Talentscouting auf berufliche Bildung ausweiten

Aktuell feiert NRW die Erfolge des Projekts Talentscouting. Dieses Projekt ist jedoch nach unserer Beobachtung einseitig in Richtung akademische Ausbildung ausgelegt. Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels gerade im gewerblich-technischen Bereich wäre es jedoch wichtig, dass ein solches Scouting von Grundsatz der Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung getragen ist und die Perspektiven der Höheren Berufsbildung ebenfalls aufzeigt, damit der Ansatz tatsächlich ergebnisoffen angelegt ist und für den Einzelfall das ganze Spektrum der Möglichkeiten aufzeigt.

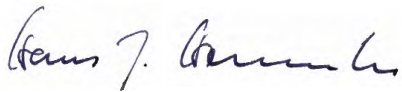
7.) Bedingungen für Praktika und Berufserfahrungen überprüfen

Es lohnt sich zu überprüfen, wie die Anreize zur Bereitschaft von Schülerinnen und Schülern sowie Berufseinsteigern, Praktika wahrzunehmen, und die Bereitschaft von Betrieben, Praktikumsplätze anzunehmen, in rechtlicher und finanzieller Hinsicht gesteigert werden können oder wie bei Betrieben Unsicherheiten über Rechte und Pflichten aus einem Praktikumsplatz ausgeräumt werden können. Das Land Sachsen-Anhalt hat beispielsweise eine Praktikumsprämie von 120 Euro pro Woche für Schülerinnen und Schüler eingeführt: <https://presse.sachsen-anhalt.de/not-rated/2023/01/27/wirtschaftsminister-sven-schulze-mit-der-praktikumspraemie-setzen-wir-eine-erfolgsgeschichte-in-sachsen-anhalt-fort/>

8.) Abbrüche von Bildungsgängen vermeiden

Insgesamt gibt es einige Potentiale, Berufsorientierung und Berufsvorbereitung qualitativ besser und ergebnisoffener auszurichten und auch die Werbung für bestimmte Berufstätigkeiten wirkungsvoller zu gestalten. Damit wird man das Matching zwischen Schulabgängern

und Qualifikationsangeboten verbessern können. Zur Lösung des Fachkräftemangels wird es darüber hinaus aber auch darauf ankommen, wirkungsvolle Unterstützung zu einem erfolgreichen Abschluss von Ausbildung oder Studium zu geben. Die steigenden Zahlen von Abbrüchen in Ausbildung und Studium stellen nicht nur im Hinblick auf die knappen Ressourcen, die für Bildung zur Verfügung stehen, ein Problem dar, sondern sind auch Misserfolgserfahrungen, die zu vermeiden sind. Passgenaue Angebote der Ausbildungsunterstützung können dem entgegenwirken.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hans J. Hennecke', written in a cursive style.

Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke
Geschäftsführer